



Interfraktioneller ANTRAG	Vorlage Nr.:	2019/1067
GRÜNE-Gemeinderatsfraktion CDU-Gemeinderatsfraktion SPD-Gemeinderatsfraktion KAL/Die PARTEI-Gemeinderatsfraktion FDP-Gemeinderatsfraktion DIE LINKE.-Gemeinderatsfraktion FW FÜR-Gemeinderatsfraktion		
Versorgungssituation klären im Bereich "Ambulante Pflege" und "Hauswirtschaftliche Unterstützung" von Seniorinnen und Senioren		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	10.12.2019	26	x	

- Die Verwaltung klärt durch Befragung sowohl der aktuell in diesem Bereich tätigen Träger sowie von Haushalten mit über 75jährigen Mitgliedern, den potenziellen Nutzer*innen, ob die Kapazitäten im Bereich „Ambulante Pflege“ und „Hauswirtschaftliche Unterstützung“ in Karlsruhe momentan und in den nächsten fünf Jahren ausreichen.

Sachverhalt / Begründung:

Es gibt Indizien, die darauf hinweisen, dass in Karlsruhe schon jetzt eine teilweise Unterversorgung im Bereich „Ambulante Pflege“ und „Hauswirtschaftliche Dienste“ besteht. So wurden in letzter Zeit nach unseren Informationen Dienste mehrerer Anbieter im hauswirtschaftlichen Bereich geschlossen, da nicht genügend Mitarbeiter*innen gefunden werden konnten.

Im Arbeitskreis „Ambulante Pflege“ des Arbeitsausschusses Ältere Generation wurde von Krisenfällen berichtet, in denen Bürger*innen auf der Suche nach einem ambulanten Pflegeplatz für die Eltern mehrfach eine Absage erhielten.

Um hier gegebenenfalls gegensteuern zu können, halten die Antragsteller*innen es für wichtig, das gegenwärtige Verhältnis von Angebot und Nachfrage realistisch zu benennen. Die Frage ist, ob die vorhandenen Kapazitäten sowohl im pflegerischen als auch im hauswirtschaftlichen Bereich ausreichen, um die Anfragen zu bedienen.

Außerdem soll geklärt werden, wie sich die Bedarfe in den nächsten Jahren im Verhältnis zu den Kapazitäten entwickeln werden.

Da es dazu bislang keine belastbaren Daten gibt, entwickelt die Verwaltung geeignete Formate von Befragungen, um der Realität möglichst nahe zu kommen. Dazu würden z.B. Befragungen von Trägern gehören, um die Anzahl der Abweisungen von Krisenfällen festzustellen. Auch eine Bürgerumfrage könnte verdeutlichen, wie sich die Versorgungssituation momentan aus Sicht der Nachfragenden darstellt.

Unterzeichnet von:

Aljoscha Löffler

Verena Anlauf

Tilman Pfannkuch

Dr. Thomas Müller

Yvette Melchior

Irene Moser

Lüppo Cramer

Rebecca Ansin

Karl-Heinz Jooß

Mathilde Göttel

Karin Binder

Jürgen Wenzel

Friedemann Kalmbach